

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 21. Oktober 1987

Blatt 2257

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher: Wiener Weg im Sozial- und Gesundheitswesen bestätigt (2258/FS: 20.10.)
- Neue Verkehrsampel in der Erlaaer Straße (2259)
- Familiensonntag am 25. Oktober (2260)
- Historischer Atlas von Wien (2261)
- Königin Fabiola besuchte Ausstellung „Wien begrüßt Antwerpen“ (2262)
- Prämie für Einsparung im U-Bahn-Bau (2263)
- Rechnungshof prüft Wien (2264)
- Wichtige Entscheidungen für den Wohnbau (2265-2267)
- Friedhof Hütteldorf: Aufbahrungshalle renoviert (2268)
- Wiener Gold- und Silberschmiede für den Stephansdom (2269)
- FPÖ gegen Weltausstellung in Wien (2270)
- Mayr: Donaupark wird nicht verbaut (2270)
- Ehrung für Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung (2271)
- Begrüßung der neuen Lehrlinge der Stadt Wien (2271)
- Wien und Niederösterreich gründen Abfallwirtschaftsfonds (2272)
- Sperre der Gunoldstraße am Wochenende (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Ottakring (2259)

Stacher: Wiener Weg im Sozial- und Gesundheitswesen bestätigt

Forderung nach Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Der „Wiener Weg“, der bereits seit fast ein- einhalb Jahrzehnten bei der Versorgung außerhalb des Spitals beschritten wird, ist richtig. Diesen Schluß zieht Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER aufgrund der Expertenmeinungen im Rahmen der „Wiener Gespräche“. Wien bietet Mobile Schwestern und Soziale Dienste ebenso auf, wie es — weitgehend auf seine Kosten —, private Organisationen in das Netz des Sozial- und Gesundheitswesens einbezieht. Stacher fordert neuerlich die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung als unabdingbare Voraussetzung für die Einhebung eines Verpflegungskostenbeitrages. Andernfalls würde die soziale Symmetrie gefährdet.

Dr. Adalbert Evers vom Europäischen Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt hatte während dieser sogenannten „Wiener Gespräche“ die Zukunftsaussichten der sozialen und gesundheitlichen Betreuung alter Menschen beleuchtet. Er hatte unter anderem beklagt, daß in Europa der traditionelle Wohlfahrtsstaat kaum in der Lage sei, auf veränderte Bedürfnisse einzugehen. Wien habe jedoch, erklärte der Wiener Gesundheitsstadtrat, vor allen anderen österreichischen Bundesländern und Ländern Europas bereits eine Altersstruktur erreicht, der durch entsprechende Maßnahmen Rechnung getragen worden ist, bevor das Problem anderswo aktuell wurde. So wird seit 14 Jahren erfolgreich versucht, kranke und gebrechliche Menschen so lange in ihrer gewohnten Umgebung zu belassen und dort durch verschiedene Dienste zu betreuen, wie dies möglich und vertretbar ist. Dazu gebe es eine Fülle Sozialer Dienste, aber vor allem auch die Einbeziehung privater Organisationen, die sich engagiert für diese Menschen einsetzen und dabei von der Stadt Wien umfassend unterstützt und gefördert werden. Auch Übergangs- und Kurzzeitpflege tragen, so Stacher, dazu bei, daß auch für Kranke und Gebrechliche ein abgesichertes Leben zu Hause möglich ist.

Dies alles bedeute jedoch nicht, daß nicht auch in Wien weitergearbeitet werde, da wohl der quantitative Bedarf abgedeckt, jedoch noch eine bessere Koordination anzustreben sei, ergänzte Gesundheitsstadtrat Stacher. (Schluß) and/bs

Bereits am 20. Oktober 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Verkehrsampel in der Erlaaer Straße

Größere Verkehrssicherheit für die Fußgänger

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf der Kreuzung Erlaaer Straße — Gregorygasse in Liesing wird Donnerstag vormittag eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Bisher gab es dort nur Schutzwege, die durch Verkehrszeichen abgesichert waren.

Die neue Verkehrsampel soll der Erhöhung der Verkehrssicherheit, vor allem der Fußgänger, dienen. Sie ist mit den Verkehrslichtsignalanlagen in der Anton-Baumgartner-Straße koordiniert. Die drei Schutzwege auf der Kreuzung sind nun mit Fußgängersignalen ausgestattet. (Schluß) sc/ba

Neuer Flächenwidmungsplan für Ottakring

Stadterneuerung hat Vorrang

Wien, 21.10. (RK-BEZIRKE) Die geänderten Zielsetzungen der Stadtentwicklung, besonders die Anforderungen zeitgemäßer Stadterneuerung, sollen auch im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ihren Niederschlag finden. Für ein 40 Hektar großes Gebiet mit 6.700 Einwohnern im nördlichen Teil von Ottakring wurde nun das Verfahren für die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans eingeleitet. Der Entwurf für das Gebiet zwischen Thaliastraße, Schuhmeierplatz, Wattgasse, Kernstockplatz, Arnehtgasse, Redtenbachergasse, Seeböckgasse, Geblergasse, Wichtelgasse, Wilhelminenstraße, Klopstockgasse, Haslingergasse, Lorenz-Bayer-Platz, Rosensteingasse und Feßtgasse liegt von 22. Oktober bis 19. November zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Die Einsicht kann während der Dienststunden (Montag bis Mittwoch und Freitag 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag 8 bis 17.30 Uhr) in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, vorgenommen werden.

Der Entwurf für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sieht u.a. vor: die Reduzierung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke, die widmungsmäßige Vorsorge für Gewerbe und Handelsbetriebe sowie die widmungsmäßige Berücksichtigung von Freiflächen mit wertvollem Baumbestand. Für die Höfe soll grundsätzlich die gärtnerische Ausgestaltung vorgeschrieben werden. (Schluß) end/rr

Famillensonntag am 25. Oktober

Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Spiel-Feste im Kurpark Oberlaa, Laaer-Wald und Böhmischem Prater sowie im Wohnpark Alt-Erlaa sind die Hauptattraktionen des 8. Familiensonntags des Wiener Landesjugendreferates am 25. Oktober. Viele andere lustige und interessante Angebote ergänzen das Programm, so z.B. ein

- Bunter Nachmittag im Haus der Begegnung Donaustadt,
- ein großes Familienspektakel mit Drachensteigen auf der Donauinsel
- ein Ausflug auf dem Kulturwanderweg Alsergrund
- eine Rätselwanderung zur Jesuitenwiese
- Ausstellungsbesucher im Naturhistorischen Museum und im Rathaus/Volkshalle
- und Besuche im Planetarium und der Urania Sternwarte.

Ein besonderes Gustostückerl bietet das Landesjugendreferat mit einer Sonderrundfahrt „Vorortelinie“, zu der man sich bis 22. Oktober unter der Tel.Nr. 42 800/2950 anmelden kann. (Schluß) jel/bs

Historischer Atlas von Wien

Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Im Arkadenhof des Rathauses präsentiert das Wiener Stadt- und Landesarchiv bis Jahresende die soeben im Verlag Jugend und Volk erschienene dritte Lieferung des „Historischen Atlas von Wien“. Schwerpunkte sind das Entstehen der Wiener Industrie und der Arbeiterquartiere sowie der prekäre Zustand der Wasserversorgung und der Kanalisation vor dem Bau der 1. Hochquellenwasserleitung und der großen Sammelkanäle.

Vom „Historischen Atlas von Wien“ sind sowohl die bisher erschienenen drei Lieferungen als auch alle Karten einzeln im Buchhandel erhältlich. (Schluß) am/rr

Prämie für Einsparung im U-Bahn-Bau

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Einsparungen in der Höhe von insgesamt rund 370.000 Schilling beim Bau der U-Bahn-Linien U3 und U6 brachte ein Verbesserungsvorschlag von Ing. Josef SAGHY, Technischer Kommissär bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Mittwoch dafür eine Prämie von 14.000 Schilling. Bandion verwies in diesem Zusammenhang auf Erfolge des Betrieblichen Vorschlagswesens, die das Engagement und die Identifikation der Mitarbeiter der Stadt Wien mit ihrer Tätigkeit im Dienst der Allgemeinheit unter Beweis stellen.

Ing. Saghy, ein Bauinspizient für den Gleisbau, hatte im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens angeregt, die Kabelkanäle in den U-Bahn-Tunnels nicht aus Fertigteilen, sondern aus Ortbeton herzustellen. Eine praktische Erprobung zeigte, daß diese Methode in Tunnels, die in offener Bauweise errichtet werden, tatsächlich Einsparungen mit sich bringt. Sie wird seither im U-Bahn-Bau bereits praktiziert. (Schluß) ger/rr

Rechnungshof prüft Wien

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungshof überprüft in den nächsten Wochen und Monaten die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien in den Jahren 1984 bis 1986. In einem Schreiben von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION wurden nun alle Dienststellen angewiesen, den Organen des Rechnungshofes die zur klaglosen Abwicklung der Einschau erforderliche Unterstützung zu gewähren. Unter anderen beabsichtigt der Rechnungshof eine Überprüfung der Wohnbauförderung, des Allgemeinen Krankenhauses, der Kardiologischen Versorgung von Wien, des Presse- und Informationsdienstes, des Rettungs- und Krankenkabeförderungsdienstes, der EBS, des Altstadterhaltungsfonds, des Kulturamtes und des Sozialamtes. (Schluß) ger/rr

Wichtige Entscheidungen für den Wohnbau

Die Finanzierung des Wohnbaus und der Stadterneuerung ist gesichert

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Die Finanzierung des Wohnbaus und der Stadterneuerung in Wien ist trotz der Sparmaßnahmen des Bundes in vollem Umfang gesichert. Trotz einer generellen Kürzung der Wohnbauförderungsmittel um 10 Prozent kann in Wien der Finanzaufwand für die Förderung von 5.000 Neubauwohnungen auch in den kommenden Jahren sichergestellt werden. In Verhandlungen mit dem Bund wurde erreicht, daß steuerliche Begünstigungen im Bereich der Wohnbauförderung ebenso wie die sogenannte „Zehntel-Abschreibung“ bei der Stadterneuerung als eine investitionsfördernde steuerliche Begünstigung erhalten bleiben.

1987 werden in Wien voraussichtlich 6,1 Milliarden Schilling für Zwecke der Wohnbauförderung ausgegeben, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch bei einer Pressekonferenz.

„Verlängerung“ der Wohnbauförderung 1988

Nunmehr beschloß der Ministerrat die Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen an die Länder mit 1.1.1988. Die Wohnbauförderungsregelungen des Bundes werden damit nicht mehr als Bundesgesetze gelten. Wien strebt noch für das Jahr 1988 eine eigene neue landesgesetzliche Regelung der Wohnbauförderung an. Die Aufgabenschwerpunkte werden dabei eine generelle Vereinfachung der Bestimmungen sowie eine weitere Förderung der Stadterneuerung sein. Zudem sollen neue Wege der Wohnbauförderung zur Mobilisierung privaten Investitionskapitals und zur Begrenzung der Wohnkosten und Baukostenbeiträge gegangen werden.

1987: Förderung von 5.273 Neubauwohnungen und Rekordjahr in der Stadterneuerung

Das Verhältnis der Rücklagen und Verbindlichkeiten im Bereich der Wohnbauförderung kann als gut und wirtschaftlich bezeichnet werden. Ende September 1987 standen Rücklagen in der Höhe von 4,2 Mrd. Schilling kurz- und längerfristige Verbindlichkeiten von knapp über 16 Mrd. Schilling gegenüber. Das bedeutet, daß ein rechnerischer Vorgriff auf kommende Budgetmittel von 17 bis 18 Monaten besteht.

1987 wird in Wien der Neubau von 5.273 Wohnungen gefördert werden, davon 4.893 Wohnungen aus Mitteln der Wohnbauförderung und 380 Wohnungen aus Mitteln des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes. Etwa ein Drittel der Wohnungen entfallen auf die Gemeinde Wien und die GESIBA. Der Großteil entfällt auf gemeinnützige Wohnbauvereinigungen, 372 Eigenheime und 319 Heimplätze.

Allein 1987 wurde mit den Sanierungsarbeiten an rund 280 Wohnhäusern begonnen und damit Investitionen im Wert von 1,9 Mrd. Schilling ausgelöst. Dies bedeutet eine Verdreifachung des Umfanges gegenüber den Jahren 1985 und 1986 zusammen. Gleichzeitig bedeutet das, daß in diesen drei Jahren mehr in die Sanierung alter Wohnhäuser investiert wurde als in den eineinhalb Jahrzehnten davor.

Ein „Wohnbauschek“ wäre unsozial und familienfeindlich

Keinesfalls darf es in Wien zu einer Verschlechterung der Wohnbauförderung kommen. Die bisherigen hohen Förderungen insbesondere bei der Errichtung von Miet- und Genossenschaftswohnungen müssen erhalten bleiben, um auch sozial Schwächeren und kinderreichen Familien entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Ein „Wohnbauscheck“ in der Höhe von 500.000 Schilling generell für jeden Wohnungswerber ist aus mehreren Gründen abzulehnen:

- Bei angenommenen Herstellungskosten von 1 Million Schilling für eine 80 Quadratmeter große Miet- oder Genossenschaftswohnung beträgt die derzeitige Wohnbauförderung rund 700.000 Schilling, mit dem „Wohnbauscheck“ nur 500.000 Schilling. Die andere Hälfte müßte in diesem Fall über den Kapitalmarkt oder aus Eigenmitteln aufgebracht werden.
- Persönliche, wirtschaftliche und soziale Aspekte werden überhaupt nicht berücksichtigt. Einkommensschwächere und kinderreiche Familien müßten in kleinere Wohnungen ausweichen.

Kein Trend zur Eigentumswohnung – keine „Privatisierung“ von Gemeindewohnungen

Schwierigkeiten und Risiken mit dem Wohnungseigentum im Mehrwohnungsbau in der Praxis führen immer stärker zu einer Abnahme des Neubaus von Eigentumswohnungen. 1987 wurden erst 30 Eigentumswohnungen zur Förderung durch das Land Wien eingereicht.

Es wird daher aus guten Gründen auch im Bereich der Wiener Gemeindewohnungen zu keiner Eigentumsübertragung kommen, erklärte Stadtrat Edlinger.

- Zwei unabhängige Studien haben ergeben, daß 97 Prozent der Mieter von Gemeindewohnungen kein Interesse an einem Kauf ihrer Wohnung haben.
- Rund 19.000 Familien und Einzelpersonen warten derzeit auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung, weil sie auf dem Wohnungsmarkt kaum Chancen haben. Über 80 Prozent von ihnen kann nur durch die Wiedervermietung einer freigewordenen Wohnung geholfen werden.
- Für Gemeindemieter würde sich durch einen Kauf praktisch nichts verbessern: Betriebskosten und Erhaltungsaufwand fallen auch in einer Eigentumswohnung an, anstelle des Zinses wären Grunderwerbs-, Vermögens- und allenfalls auch Einkommenssteuer (bei Weitervermietung) zu zahlen, Investitionen werden bereits jetzt aufgrund des Mietrechtsgesetzes angemessen abgegolten und schon jetzt besteht die Möglichkeit einer Mietrechtsnachfolge für Verwandte.
- Die Verwaltung von Häusern, in denen Miet- und Eigentumswohnungen bestehen, ist praktisch unmöglich, wie zahlreiche Beispiele aus der Praxis belegen.
- Der Verkauf von Gemeindewohnungen deutlich unter dem Marktwert wäre eine Verschleuderung von Steuergeld in Milliardenhöhe an einige wenige und würde der Spekulation Tür und Tor öffnen.

„Wohnbauscheck“ und „Privatisierung“ von Gemeindewohnungen sind politische Schlagworte, die egoistisches Besitzdenken, Neid und soziale Konflikte fördern. Erfahrungen aus England und Deutschland beweisen das in erschreckendem Ausmaß, meinte Edlinger.

Eine sinnvolle Alternative kann nur in einer zunehmenden Demokratisierung des Wohnbereiches liegen. Die Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung und die Mietermitbestimmung in Wiens Gemeindebauten werden bereits 1988 beispielhafte Schritte in diese Richtung sein. Darüber hinaus muß es aber zu einer gesetzlichen Verankerung der Mitbestimmung im Wohnbereich kommen, verlangt Edlinger.

Verbilligung der Wohnkosten in geförderten Wohnungen

Die Errichtung von Miet- und Genossenschaftswohnungen wird hauptsächlich aus Wohnbauförderungsdarlehen, Eigenmitteln der Mieter und Hypothekendarlehen finanziert. Für diese Hypothekendarlehen konnten seit September 1986 insgesamt vier Zinssatz-Senkungen von ursprünglich 9,25 Prozent auf nunmehr 7,5 Prozent erreicht werden.

Forts. von Blatt 2265

Forts. auf Blatt 2267

In Wiens Gemeindewohnbauten, die mit Wohnbauförderung errichtet wurden — etwa 43.500 Wohnungen —, wird die letzte Senkung spätestens im Jänner 1988 bei den monatlichen Kosten wirksam werden. Für eine 70-Quadratmeter-Wohnung bedeutet das, daß die monatliche Belastung seit September 1986 bereits um 147 Schilling gesunken ist.

In Wien wurden in den letzten zwei Jahrzehnten etwa 125.000 Wohnungen mit Wohnbauförderungsmitteln und Hypothekendarlehen errichtet.

Keine Privatisierung von Wiener Kleingärten

Mit beträchtlichem Einsatz von Steuergeld werden durch die Stadt Wien laufend Grundstücke erworben und für eine billige kleingärtnerische Nutzung vorbereitet. Der künftige Pächter hat zunächst nur Anschlußkosten und einen jährlichen Pachtzins von 2.000 bis 3.000 Schilling zu zahlen.

Eine Eigentumsübertragung würde erhebliche Kosten verursachen:

- Dem niedrigen Pachtzins stünde der teure, an ortsüblichen Preisen orientierte Grundstücksankauf gegenüber. Es würden Vermögenssteuer und Grunderwerbssteuer anfallen.
- Ein Verkauf von Kleingärten unter den Gestehungskosten wäre wiederum eine verantwortungslose Verschleuderung von Steuergeld in Milliardenhöhe an einige wenige.
- Der Kleingarten würde rasch zum Spekulationsobjekt, das sich der „kleine Mann“ nicht mehr leisten könnte, meinte Edlinger.

Stadtrat Edlinger erklärte außerdem, daß durch die Verhandlungen mit dem Bund über die Beibehaltung steuerlicher Begünstigungen im Wohnbau und in der Stadterneuerung ein Auftragseinbruch in der Bauwirtschaft von jährlich 2 Milliarden Schilling vermieden werden konnte.

Das Ziel künftiger Maßnahmen zur Wohnbauförderung sei — so Edlinger weiter — eine Begrenzung der monatlichen Wohnkosten im Neubau auf 30 Schilling pro Quadratmeter. In welcher Weise die Vereinfachungen der Förderungsbestimmungen erfolgen sollen, das solle im Frühjahr 1988 vor der Beschlußfassung entsprechender Landeswohnbaugesetze breit diskutiert werden. Jedenfalls sei sichergestellt, daß auch 1988 etwa 5.000 Wohnungen neu gebaut werden und die Voraussetzungen für Wohnhausanierungen und die Verbesserung von 15.000 Wohnungen in diesen Häusern geschaffen werden. Überdies werde, so Edlinger, dem Wiener Gemeinderat im Frühjahr 1988 ein Mietermitbestimmungsstatut für Wiens Gemeindewohnungen zur Beschlußfassung vorliegen. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 2266

Friedhof Hütteldorf: Aufbahrungshalle renoviert

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Innerhalb von vier Monaten wurde der Aufbahrungsraum in der Aufbahrungshalle im Friedhof Hütteldorf um rund zwei Millionen Schilling renoviert. Am Mittwoch wurde die Aufbahrungshalle in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL wieder ihrer Bestimmung übergeben.

Der renovierte Aufbahrungsraum bietet nun einen würdigen Rahmen für das letzte Abschiednehmen. Der Altartisch wurde mit römischem Travertin verkleidet, das im Versammlungsraum bereits vorhanden gewesene Mosaikband in die Apsis weitergeführt. Es umrahmt nun auch die Urnen-aufbahrung, das Eingangsportal und die Innentüre. Der Fußboden und die Wandsockel wurden mit Naturstein belegt. Erneuert wurden das Eingangportal, die Elektroinstallationen, die Innentüre und der Verputz.

Mit neuen Einrichtungsgegenständen, Leuchten, einer Pfeifenorgel und einer Verstärkeranlage wurde der Aufbahrungsraum komplettiert. (Schluß) roh/rr

Wiener Gold- und Silberschmiede für den Stephansdom

Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Großen Anklang fand eine Initiative der Wiener Gold- und Silberschmiede zur Aktion „Rettet den Stephansdom“: Wiener Juweliere spendeten Schmuckstücke, die zugunsten des Stephansdomes verkauft wurden. Der Erlös von 40.000 Schilling wird für die dringenden Renovierungsarbeiten am Stephansdom übergeben. Broschen, Ringe, Ohrgehänge und Ketterln wurden mit Begeisterung gekauft. Großes Interesse fand auch die Eligius-Münze. Nicht nur Damen kauften Schmuckstücke, auch die Herren kauften und verbanden ein liebenswürdiges Geschenk mit einem guten Zweck. (Schluß) red/gg

FPÖ gegen Weltausstellung in Wien

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Entschieden sprach sich Mittwoch FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL in einem Pressegespräch gegen eine Weltausstellung im Jahre 1995 in Wien aus. Hirnschall begründete seine ablehnende Haltung damit, daß keinerlei Finanzierungskonzept vorliege, die Standortfrage ungeklärt sei und es zwischen Österreich und Ungarn unterschiedliche Auffassungen über das Thema einer Weltausstellung gäbe. Sollten sich die Verantwortlichen dazu entschließen, die Weltausstellung im Donauparkgelände durchzuführen, kündigte Hirnschall an, dann würde er eine Volksbefragung initiieren. Weit sinnvoller wäre es nach Meinung der FPÖ, mit einem Bruchteil des Geldes, das man für eine Weltausstellung aufwenden müßte, attraktive Sehenswürdigkeiten zu errichten. Als Beispiel schlug Hirnschall die Schaffung eines zusätzlichen Museums im Messepalast vor. (Schluß) ull/bs

Mayr: Donaupark wird nicht verbaut

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der Donaupark kommt als Weltausstellungsgelände nicht in Frage und wird daher auch nicht verbaut, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch zu entsprechenden Befürchtungen des Wiener FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin HIRNSCHALL. Als möglicher Wiener Veranstaltungsort kristallisieren sich nach Mayr vier Varianten heraus: Ein Gelände nördlich der UNO-City entlang der Wagramer Straße, das Nordbahnhof-Gelände, das Areal der Wiener Messe oder eine Kombination aus diesen Standorten.

Generell sei zu sagen, daß derzeit im Verein Weltausstellung Wien umfangreiche Vorarbeiten vor allem zu den Problemen Thema, Standort, Kosten und spätere Nutzung geleistet werden.

Es wäre Dr. Hirnschall zu empfehlen, noch ein paar Wochen und Monate abzuwarten, bis die Konzepte auf dem Tisch liegen, meinte Mayr. Dann wäre noch ausreichend Gelegenheit für eine öffentliche und politische Diskussion über den Sinn und den Nutzen einer internationalen Fachausstellung gegeben, denn für die offizielle Bewerbung Wiens um eine solche Fachausstellung hat man bis zum Jahr 1989 Zeit, schloß Mayr. (Schluß) sei/bs

Ehrung für Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung

Stadtrat Hofmann überreichte Goldene Ehrenzeichen

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN überreichte Mittwoch vormittag im Rathaus Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an die Universitätsprofessoren Dr. Heinz FLAMM, Ing. Dr. Reinhard GIESELMANN, Dipl.-Ing. Dr. Hermann KNOFLACHER, Dipl.-Ing. Dr. Friedrich MOSER und Dr. Friedrich WOESS. Die fünf Geehrten haben durch Jahre hindurch ehrenamtlich als Mitglieder des Wiener Fachbeirates für Stadtplanung gewirkt.

Der Planungsstadtrat wies in seiner Laudatio darauf hin, daß die Ausgezeichneten durch ihr großes Fachwissen und dadurch, daß sie sich kostbare Zeit für diese Aufgabe genommen haben, entscheidend dazu beigetragen haben, daß der Fachbeirat für Stadtplanung eine erfolgreiche und wertvolle Arbeit leisten konnte.

Hofmann bezeichnete es als eine Pionierleistung, daß bereits mit der Bauordnung von 1929 in Wien ein Fachbeirat für Stadtplanung eingerichtet wurde. Der Fachbeirat hat die Aufgabe, Entwürfe von Flächenwidmungsplänen sowie von einzelnen Bauvorhaben, die maßgeblichen Einfluß auf das Stadtbild haben, zu begutachten.

An der Ehrung nahmen auch Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL, Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Stadtrat a.D. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER teil. (Schluß) sc/bs

Begrüßung der neuen Lehrlinge der Stadt Wien

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch vormittag fand im Wiener Rathaus die feierliche Begrüßung der neu aufgenommenen Lehrlinge des Magistrats und der Wiener Stadtwerke statt.

Die 268 Lehrlinge (121 weibliche und 147 männliche) gliedern sich auf folgende Bereiche auf: Hoheitsverwaltung 124 (Lehrberufe Bürokaufmann, Bautechnischer Zeichner, Bäcker), Wiener Stadtwerke 110 (Lehrberufe Bürokaufmann, KFZ-Mechaniker, Betriebsschlosser, Starkstrommonteur, Elektromechaniker, Maschinenschlosser, Gas- und Wasserleitungsinstallateur) sowie 24 Gärtner und zehn Friedhofs- und Ziergärtner.

Insgesamt stehen bei der Stadt Wien derzeit 982 Lehrlinge in Ausbildung.

Stadtrat Johann HATZL sagte in seiner Ansprache unter anderem: „Ich entbiete den jungen Mitarbeitern ein herzliches Willkommen in der Gemeinschaft der Bediensteten der Stadt Wien. Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß die jungen Mitarbeiter eine Gruppe bilden, der wir besondere Aufmerksamkeit schenken wollen. Neben der Ausbildung zu hoch qualifizierten Fachkräften besteht für sie die Chance, sich in solidarischer und kollegialer Form im Rahmen einer Gruppe weiterzuentwickeln. Dazu braucht man Verständnis und Toleranz füreinander, aber ebenso auch Leistung und Wissen.“ (Schluß) pz/gg

Wien und Niederösterreich gründen Abfallwirtschaftsverbund

Gemeinsames Vorgehen bei Müllentsorgung

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Die Bundesländer Wien und Niederösterreich gründen eine „Abfallwirtschaftsverbund Ost Planungsgesellschaft m.b.H.“. Ziel der neuen Gesellschaft ist eine enge Kooperation der beiden Bundesländer in Fragen der Müllentsorgung. Das vorläufige Stammkapital beträgt 500.000 Schilling, die je zur Hälfte von den beiden Ländern eingezahlt werden. Diesen Beschluß faßten gestern, Dienstag, die Wiener und heute, Mittwoch, die niederösterreichische Landesregierung.

Die Gesellschaft soll einen Abfallwirtschaftsverbund der beiden Länder herbeiführen, wobei Wien im wesentlichen die Aufgaben der Müllverbrennung wahrnehmen soll, während in Niederösterreich die für beide Länder erforderlichen Deponieeinrichtungen geschaffen werden sollen.

Die Errichtung der Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit vorgesehen, zur Unterstützung der Gesellschaft soll ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden.

Der Gegenstand des Unternehmens wird im Artikel VI des Gesellschaftsvertrages umrissen. Dort heißt es: „Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinsame Entsorgung von Stoffen (ausgenommen radioaktiver Abfall), die die Gebietskörperschaften Niederösterreich und Wien allein überhaupt nicht oder nur schwer, d. h. mit erheblichem technischem oder wirtschaftlichem Aufwand entsorgen können durch:

1. Ausarbeiten eines Konzepts für die Zusammenarbeit der beiden Gebietskörperschaften bei der thermischen und chemisch-physikalischen Entsorgung solcher Stoffe,
2. Auswahl, Projektierung und Umweltverträglichkeitsprüfung von stoffspezifischen Deponiestandorten für die vorgenannten Stoffe,
3. Ausarbeitung von Finanzierungs- und Organisationskonzepten für die Errichtung und Betriebsführung der in Punkt 2. genannten Deponien,
4. Mitwirkung bei der Information der Öffentlichkeit über die in Frage kommenden Deponiestandorte und die Errichtung und den Betrieb von stoffspezifischen Deponien insbesondere Einrichtung von Bürgerbüros zur unmittelbaren Information der Bevölkerung und zur Zusammenarbeit mit Bürgerbeiräten,
5. Festlegung der wirtschaftlichen Erfordernisse und Randbedingungen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen, Einrichtungen und Deponien für solche Stoffe,
6. Ausarbeitung eines dezentralen Entsorgungskonzeptes unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen der Abfallbeseitigung,
7. Ausarbeitung von Strategien zur Abfallvermeidung unter Einschluß der Planung von Systemen und Einrichtungen,
8. Beteiligung an anderen Unternehmungen, die der Wahrnehmung des Unternehmensgegenstandes direkt und indirekt förderlich sind.
9. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes nützlich und erforderlich erscheinen, ausgenommen Bankgeschäften im Sinne des Kreditwesengesetzes.“

(Schluß) sei/gg